

Die offizielle Zahl der städtischen Armen betrage 14,7 Mio., berechnet nach dem Pro-Kopf-Einkommen. Lege man allerdings die Pro-Kopf-Ausgaben zugrunde, so würde die Zahl um das Zweieinhalbfache auf 37,1 Mio. steigen. Generell würde das Ausmaß dadurch stark unterschätzt werden, da zwei überwiegend betroffene Gruppen statistisch nicht zur städtischen Bevölkerung gezählt werden: die Migranten sowie die suburbane Bevölkerung. Beide Gruppen gelten als Bauern, üben aber keine landwirtschaftliche Tätigkeit aus.

Von den Migranten lebten rund 15%, z.T. 20%, unter der Armutsgrenze; dieser Anteil sei um die Hälfte größer als bei der stetigen Stadtbevölkerung. Die Migranten hätten weder Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung noch auf die Zahlung eines Existenzminimums. Von den Städtern seien vor allem die Arbeitslosen und die von ihren Unternehmen Freigesetzten von Armut betroffen, da die ungenügende Arbeitslosenunterstützung nur knapp 50% der Betroffenen erreiche und nach drei Jahren auslaufe. Auch die von Stadtregierungen abgegebenen Garantien für die Aufrechterhaltung eines Existenzminimums haben die Armut nicht verhindern können. Nur 25% der armen Stadtfamilien kämen für Zahlungen überhaupt in Frage und die Zahlungen seien sehr begrenzt. Außerdem seien die Erfassungs- und Berechnungsmethoden mangelhaft, die Stadtregierungen hätten jedoch angesichts knapper Kassen gar keine Motivation, hier Verbesserungen zu erreichen. Von 35 untersuchten Städten hätten 27 die Betroffenheitsgrenze unterhalb der Armutsgrenze angesetzt, z.T. bis zu 10% und mehr. (RMRB engl. online, 30.10.02) -gs-

24 Entwicklungsprobleme der Stadt Beijing

Das Ständige Komitee der Politischen Konsultativkonferenz der Stadt Beijing hat auf seiner 9. Sitzung Mitte Oktober einen Bericht über deren Entwicklung in den nächsten zehn Jahren verabschiedet, dessen Empfehlungen vor allem Probleme wie die schnell wachsende Bevölkerung, den übermäßig umfangreichen Zuzug von außen, die Ineffizienz bei der Kontrolle von

Baulanderschließungen sowie den zu langsamen Fortschritt bei der Umgestaltung des Stadtzentrums betreffen.

Dem städtischen Statistikbüro zufolge hat die Zahl der „Nicht-Einwohner“ mit einem Aufenthalt von mehr als einem halben Jahr 2001 bereits 2,63 Mio. erreicht und war damit höher als für 2010 geplant. Damit sei zum einen die Bevölkerung insgesamt so stark gewachsen, dass es Probleme auf dem Arbeitsmarkt sowie in Verkehr und Infrastruktur gebe; zum anderen haben sich die Situation im Wohnungs- und Bildungswesen, die Umweltbedingungen und die öffentliche Ordnung in den Gebieten, wo Stadt und Land aufeinander treffen und besonders viele Migranten wohnen, geradezu dramatisch verschlechtert. Die Zahl der regulären Stadtbewohner betrage derzeit 13,67 Mio., sie werde bis zum Jahr 2008 auf über 16 Mio. steigen.

Beklagt wird in dem Bericht auch, dass das Haushaltsregistrierungssystem (*hukou*-System) inzwischen selbst zum Problem geworden sei. Es gebe zu viele Verantwortliche und zunehmend politische Konflikte, und zwar nicht nur wegen der Migranten. So würde z.B. infolge des Abrisses alter Häuser und der Kommerzialisierung des Wohnungswesens der Teil der Bewohner steigen, die nicht mehr dort wohnten, wo sie registriert sind. Dies betraf Ende 2001 bereits 1,6 Mio. Menschen. Eine Reform sei dringend erforderlich.

Zugleich sei der Abriss alter Gebäude häufig nicht abgestimmt mit der Umsiedlung der ehemaligen Bewohner und der Verbesserung städtischer Leistungen; die Folge seien extreme Engpässe im Verkehrswesen sowie Umweltprobleme. Auch sei zu viel Aufmerksamkeit der Schaffung von hochwertigem Wohnraum und Eigentumswohnungen gewidmet und darüber die industrielle Entwicklung und die Schaffung relevanter infrastruktureller Maßnahmen vernachlässigt worden. Die umgesiedelten Bürger brauchen Arbeitsplätze in den Stadtteilen sowie entsprechende Bildungs- und Transportmöglichkeiten. (RMRB engl. online, 20.10.02) -gs-

Außenwirtschaft

25 China überholt die USA als attraktivstes Ziel für ausländische Direktinvestitionen

In diesem Jahr wird die Volksrepublik China vermutlich erstmals die Vereinigten Staaten überholen und zum weltweit größten Empfänger ausländischer Direktinvestitionen (ADI) aufsteigen. Dies berichtet die in Genf ansässige Kommission für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD). Demnach wird China 2002 ein Rekordvolumen von 50 Mrd. US\$ an ADI erhalten, 3 Mrd. US\$ mehr als im Vorjahr. Dieser Anstieg kontrastiert mit einem weltweiten Rückgang der Direktinvestitionen.

Global werden die ausländischen Direktinvestitionen 534 Mrd. US\$ erreichen, das sind 27% weniger als 2001. Am stärksten betroffen sind die Industrieländer. Der Zustrom von ADI in die Vereinigten Staaten ging um beinahe zwei Drittel auf 44 Mrd. US\$ zurück. Großbritannien verzeichnete einen Rückgang um 75% auf 12 Mrd. US\$.

Für asiatische Entwicklungsländer (einschließlich Chinas) erwartet die Kommission ebenfalls sinkende ADI-Zuströme und rechnet mit einem Minus von 12%, nach einem Rückgang von 24% im Vorjahr. Insgesamt werden die ausländischen Direktinvestitionen 90 Mrd. US\$ in Asien erreichen. Nach Ländern betrachtet ergibt sich eine uneinheitliches Bild. Hongkong, Südkorea, Thailand und Taiwan registrierten geringere ADI, was die UN-Organisation teilweise mit Rückzahlungen von Verpflichtungen ausländischer Tochterunternehmen an die Muttergesellschaften begründet.

China, Indien, Malaysia und die Philippinen verzeichnen einen Anstieg der ADI. Aufgrund des gesteigerten Konkurrenzdrucks erhöhen transnationale Konzerne ihre Investitionen an Standorten mit geringen Produktionskosten, sagt die UNCTAD. Dabei könne China vom fortgesetzten Liberalisierungsprozess und von Strukturereformen in der Industrie profitieren.

Wegen des Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) verzeichne China ein schnelleres Wachstum in der mittel- und hochtechnologischen Fertigung. (AWSJ, 24.10.02; ST, 25.10.02; XNA, 25.10.02)

Weltweit attraktivstes Ziel für ausländische Direktinvestitionen ist China, sagt auch die Unternehmensberatung AT Kearney in ihrem „FDI Confidence Index“. Für das Land spreche das relativ stabile politische Umfeld, das robuste Wirtschaftswachstum, der WTO-Beitritt und die erfolgreiche Bewerbung für die Olympischen Spiele 2008. („FDI Confidence Index“, September 2002, Nr.5, www.atkearney.com)

Bis zum dritten Quartal dieses Jahres erreichten die ausländischen Direktinvestitionen einen Wert von 39,6 Mrd. US\$, das ist ein Anstieg von 22,6% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. -bö-

26 Abschwächung des überraschend starken Exportwachstums im vierten Quartal erwartet

In den ersten neun Monaten d.J. stieg das chinesische Exportvolumen um 19,4% und damit deutlich stärker als die Regierungsprognose von 7% erwarten ließ. Ausfuhren von 232,56 Mrd. US\$ standen Einfuhren von 212,57 Mrd. US\$ gegenüber, 17,2% mehr als im Vorjahreszeitraum. Regierungsvertreter und Bankanalysten bezweifeln jedoch, dass dieses rasante Exportwachstum im vierten Quartal anhalten wird.

Allein im dritten Quartal jedoch zog das Volumen der Ausfuhren nochmals stark an, und zwar um 28% im Juli, um 25% im August und um 33% im September. In den Zahlen für Oktober wird sich vermutlich ein zehntägiger Streik von Hafenarbeitern an der US-Westküste niederschlagen (s. folgende Übersicht). Dennoch erwartet die Staatliche Kommission für Entwicklungsplanung im Gesamtjahr nunmehr ein Exportwachstum zwischen 16 und 17%. Chinas Handelsbilanz wies einen Überschuss von 20 Mrd. US\$ aus, 49,4% mehr als in den ersten neun Monaten des Vorjahres.

Gründe für diese Entwicklung sieht das Ministerium für Außenhandel

und wirtschaftliche Zusammenarbeit (MOFTEC) in der sich stärker als erwartet entwickelnden Nachfrage der drei wichtigen Handelspartner USA, Japan und Europa. Ein weiterer Faktor ist die Abwertung des US-Dollar, an den der chinesische Renminbi gekoppelt ist. Somit verbilligten sich chinesische Exporte. Außerdem stützte die Regierung die Exportindustrie durch eine Reihe von Steuervergünstigungen. Schließlich trat eine große Zahl von chinesischen Privatunternehmen erstmals mit ihren Produkten auf den Weltmarkt. Seit diesem Jahr werden Ausfuhrgenehmigungen durch die Lokalregierungen erteilt; auch bei den Zollbehörden wurden Verfahren vereinfacht.

Außenhandelsminister Shi Guangsheng riet zu vorsichtigen Erwartungen für das kommende Jahr. So bestünden Zweifel an einer Erholung der US-Wirtschaft, es gebe einen vermehrten Einsatz von Handelsbarrieren durch andere Staaten und es bestehe eine turbulente geopolitische Lage, womit Minister Shi die Gefahr eines Golfkriegs gemeint haben dürfte. (ST, 16.10., 24.10.02; XNA, 17.10., 30.10.02)

BANKHAUS ING SIEHT CHINA ALS „SICHEREN HAFEN“ IM FALL EINES GOLFKRIEGS

Vor den wirtschaftlichen Folgen einer US-Invasion im Irak warnte auch der Analyst Prakash Sakpal vom Bankhaus ING. Sein Finanzinstitut betrachte China im Rahmen dieses Szenarios jedoch als „sicheren Hafen“.

Dick Li von der Investmentbank Goldman Sachs verwies auf sinkende Ausfuhren bei den anderen asiatischen Exportnationen. Trotz einer bislang starken Nachfrage nach Konsumgütern in den Vereinigten Staaten und in Europa zweifelt er an einer Fortsetzung des Exportbooms. In Europa, Japan und vor allem in den USA gebe es bereits Anzeichen für einen Rückgang der Nachfrage. Im vierten Quartal könne sich daher das chinesische Exportwachstum verlangsamen. (SCMP, 16.10.02) -bö-

27 Streiks in US-Häfen beeinträchtigen chinesische Exportindustrie

Ein zehntägiger Streik von US-Hafenarbeitern verursachte schwere Störungen im Seehandel und ließ in Asien sogar Rezessionsängste aufkommen. Vor der Westküste der Vereinigten Staaten warteten zeitweise mehr als 200 Frachtschiffe darauf, gelöscht zu werden. China, das 90,8% seiner Exporte in die USA über den Seeweg abwickelt, wäre von einer länger anhaltenden Störung stärker betroffen gewesen als viele Nachbarländer. Südkorea und Taiwan etwa versenden nur gut 60% ihrer Exporte in die USA per Schiff.

Zu den Störungen war es gekommen, nachdem Tarifverhandlungen abgebrochen wurden und die Arbeitgeber rund 10.500 Hafenarbeiter aussperrten. Den Streik beendete ein Gerichtsantrag von US-Präsident George W. Bush, der den so genannten Taft-Hartley-Act nutzte, um eine 80 Tage währende „Abkühlungsphase“ anzuordnen. Dies geschah am 8. Oktober durch ein kalifornisches Gericht. Bush hatte sich auf das Wohl der Bevölkerung sowie die nationale Sicherheit berufen.

In Asien wurde die Situation ebenfalls als ernst eingeschätzt. Analyst Andie Xie von der Investmentbank Morgan Stanley hatte im Falle eines länger als drei Wochen währenden Arbeitskamps eine Rezession in Ostasien erwartet.

Kurz vor dem Ende des Streiks hatte die weltgrößte Reederei Maersk Sealand in Hongkong das Beladen von Schiffen eingestellt, ebenso die zweitgrößte chinesische Reederei China Shipping. Der lokale Branchenführer Cosco nahm zu diesem Zeitpunkt noch Fracht an, erwartete aber Probleme bei der Lieferung. Sechs Schiffe der Cosco ankerten bereits vor der US-Küste. Vom 10. Oktober an hätte es im Shanghaier Hafen nicht mehr ausreichend Schiffe gegeben, um das ankommende Frachtvolumen zu bewältigen, weil sich die üblicherweise 15 Tage dauernde Rückreise von der US-Westküste durch die Streiks hinauszögerte. Durchschnittlich verlassen pro Monat 60 Schiffe den Shanghaier Hafen in Richtung USA, das sind 20%

des dortigen Schifffahrtswegs. Hongkong als wichtigsten Ausfuhrhafen für chinesische Produkte hätte der Streik von der zweiten Woche an täglich 100 Mio. US\$ gekostet.

Trotz der Beendigung des Streiks nach zehn Tagen zeigen sich die Auswirkungen des Streiks weiterhin. Es werde acht bis neun Wochen dauern, bis die aufgestauten Bestände abgearbeitet seien, sagte ein Vertreter der US-Reeder. (CBiz.org, 9.10.02; FAZ, 8.10.02; HB, 10.10.02; XNA, 10.10.02) -bö-

28 Beijing fordert von Moskau echte Zollsenkungen und die Umsetzung von Welt-handelsregeln

Noch kein Jahr ist seit dem chinesischen Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) vergangen, schon tritt Beijing gegenüber einem weiteren Beitrittskandidaten als Verhandlungspartner und Hüter des Freihandels auf.

In den bilateralen Verhandlungen über die Bedingungen des russischen WTO-Beitritts stellt die chinesische Seite in Frage, dass es sich bei den von Moskau für die Zeit nach dem Beitritt angebotenen Zollsätzen tatsächlich um Zollsenkungen handelt und fordert weitergehende Zugeständnisse. Bereits heute liege der durchschnittliche Zollsatz bei den 10%, die Russland für die Zeit zehn Jahre nach dem Beitritt angeboten hat, zitiert die *Renmin Ribao* den Direktor der WTO-Abteilung beim Ministerium für Außenhandel und Zusammenarbeit (MOFTEC), He Ning. China fordere wie andere Mitgliedsstaaten Zollsenkungen, die vom aktuellen Satz ausgingen. Bei einem Drittel der Waren auf der russischen Liste habe China spezifische Forderungen gestellt, weil es sich um Produkte von besonderer Bedeutung für die Volksrepublik handelt. He Ning kritisierte, dass einige tarifäre und nichttarifäre Maßnahmen, die Russland gegenwärtig ergreife, nicht den Bedürfnissen der Entwicklung des sino-russischen Handels entsprächen.

Bereits im Februar hatte Beijing in Moskau einen Antrag auf bilaterale Beitrittsverhandlungen gestellt, so wie insgesamt 52 WTO-Mitglieder. Eine Liste mit Forderungen wurde im April

übergeben. Zu ersten bilateralen Gesprächen trafen sich MOFTEC-Vize-minister Long Yongtu und der russische WTO-Chefunterhändler Maxim Y. Medwekow im Juni in Beijing. Dabei seien bereits einige Zollsenkungen ausgehandelt worden.

Nach Angaben von MOFTEC-Minister Shi Guangsheng stieg der bilaterale Handel zwischen Russland und China in den ersten neun Monaten des Jahres um 17% auf 8,87 Mrd. US\$. Der russische Botschafter Igor Rogatschew drückte die Hoffnung aus, dass in diesem Jahr erstmals ein Handelsvolumen von 12 Mrd. US\$ erreicht werde.

Bereits im August wurde von den Ministerpräsidenten beider Länder der erste Jahrestag des „Sino-Russischen Vertrags über gute Nachbarschaft, Freundschaft und Kooperation“ begangen. Dabei wurden Dokumente zur Absicherung der Außenhandelsfinanzierung unterzeichnet. (BBC EF, 9.10., 17.10.02; RMRB, nach FBIS, 4.10., 16.10.02)

RUSSLAND BAUT ACHT DIESEL-UNTERSEEBOOTE UND LIEFERT ATOM-TECHNIK FÜR CHINA

In Russland hat der Bau von acht Diesel-Unterseebooten für die chinesische Marine begonnen. Die Unterseeboote der „Kilo“-Klasse sollen bis 2005 ausgeliefert werden. Bereits im Juni hatte der staatliche Waffenhandelskonzern Rosoboronekспорт den Auftrag gestückt auf drei Werften in St. Petersburg, Nischni-Nowgorod und Archangelsk verteilt. (BBC EF, 15.10.02)

Schon einmal an der Ausrüstung von chinesischen Kriegsschiffen beteiligt war nach eigenen Angaben Baltiysky Zawod. Zuletzt verschifft das St. Petersburger Unternehmen Teile der Kraftwerkstechnik für zwei Atomreaktoren in China, wobei es sich um Wärmetauscher handelte. (BBC EF, 17.10.02)

Beide Fälle belegen die Kooperation von Russland und China bei der Hochtechnologie. Auf einer Tagung zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit an der Volksuniversität Beijing im Oktober sprach der russische Botschafter Rogatschew von einem enormen Potenzial beider Länder. Yantai, Zhuzhou, Harbin und seit neuestem auch am Moskauer Energie-Institut gebe es

Zentren für die bilaterale Kooperation. (BBC EF, 9.10.02)

Am Rande eines Forums zu Investitionen und Entwicklung der Shanghai Organisation für Zusammenarbeit, der nebst vier zentralasiatischen Staaten auch Russland und China angehören, wurden neue Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei der Energieversorgung angedeutet. Die russische Nachrichtenagentur RIA meldete, chinesische Unternehmen hätten Interesse an der Erschließung von Energieresourcen in Ostsibirien und im Kaspischen Meer gezeigt. Bereits abgeschlossen ist die Machbarkeitsstudie für eine 4.000 Kilometer lange Pipeline von Xinjiang bis Shanghai unter Beteiligung der russischen Gazprom, sodass der russische Vizeminister Walentin Schelepow in naher Zukunft einen Vertragsabschluss erwartet. (BBC EF, 12.10.02) Auch der zweitgrößte russische Erdölexporteur Jukos bekundete großes Interesse am chinesischen Markt. Bis 2007 sei eine Steigerung der Öl-Exporte von derzeit 4 auf 20 Mio. Tonnen möglich, sagte Jukos-Vorstandschef Michail Chodorowski bei einer Anhörung zu russischen Energiestrategien in der Staatsduma. (FAZ, 19.10.02) -bö-

29 WTO-Beitritt verändert die Personalpolitik ausländischer und lokaler Unternehmen

Bei einer Jobmesse in Hongkong waren vierzig Unternehmen aus der chinesischen Hauptstadt um potenzielle Führungskräfte. Die Beijinger Stadtverwaltung hatte die Veranstaltung organisiert, um dem großen Bedarf an Führungskräften mit internationaler Ausbildung und Arbeitserfahrung zu begegnen. Das durchschnittliche Jahresgehalt für auf der Messe beworbene Managementpositionen lag bei 200.000 Yuan (etwa 24.000 Euro). Obwohl die Arbeitsbehörde der Stadt Beijing von „Einstellungsangeboten in Einklang mit internationalen Standards“ spricht, spiegeln die Gehälter diesen Anspruch noch nicht wider. (ST, 31.10.02)

Wegen des wachsenden Wettbewerbsdrucks und fallender Preise überprüfen Unternehmen in China zunehmend ihre Personalpolitik. Eine Studie der

Unternehmensberatung Watson Wyatt kommt für China im regionalen Vergleich zu recht positiven Ergebnissen. Besondere Probleme bestünden allerdings bei der Schaffung eines kollegialen Arbeitsumfelds und bei der Mitarbeiterbindung. (XNA, 31.10.02)

Für ausländische Unternehmen ist der WTO-Beitritt eine Chance, Personalkosten zu sparen, sagt Karl Waldkirch, Geschäftsführer der Euro-Asia Executive Search. Hoch bezahlte ausländische Führungskräfte würden zunehmend durch chinesische Manager ersetzt. Außerdem seien ausländische Manager wegen der schwierigen Wirtschaftslage in Europa zunehmend bereit, zu schlechteren Konditionen in China zu arbeiten, etwa mit lokalen Arbeitsverträgen ohne die sonst üblichen Vergünstigungen eines so genannten Expatriats.

Häufiger als bisher würden ausländische Fachkräfte kurzzeitig für die Lösung spezifischer Probleme eingesetzt. Wichtiger werde auch die Ausbildung des lokalen Führungspersonals.

Mittelfristig wirken sich allerdings die steigenden Löhne und Nebenkosten für chinesische Mitarbeiter negativ aus. Der verstärkte Wettbewerb in der Folge des WTO-Beitritts verringere den Widerstand der Beschäftigten gegen die Einführung von leistungsorientierten Lohnsystemen, was ausländische Unternehmen ausnutzen sollten. (NfA, 29.10.02) -bö-

30 Toyota nimmt 10% des chinesischen Marktes ins Visier

Toyota, der Spätstarter auf dem chinesischen Automarkt, will dort ab 2003 jährlich 30.000 Stück des Mittelklassewagens Vios produzieren. Dafür wurde ein anteilsgleiches Joint Venture mit dem chinesischen Hersteller Tianjin Automotive Industrial Co. gegründet.

Zwar verblasst die Anzahl von 30.000 neben den fünf Millionen Automobilen, die Toyota weltweit produziert, doch täuscht dieser langsame Start über die langfristigen Ziele des größten japanischen Autokonzerns hinweg. Nach Angaben der Firmenleitung peilt Toyota einen Marktanteil von 10% an.

Der viertürige Vios, der wahlweise mit 1.300 oder 1.500 ccm geliefert werden kann, fällt nicht so sehr durch ein modernes äußeres Design wie durch sein luxuriöses Inneres auf. Er ist der erste Pkw eines ausländischen Herstellers, der ausschließlich für den chinesischen Markt entwickelt wurde.

Das Grundmodell kostet 115.000 Yuan (1,7 Mio. Yen). Die mit Ledersitzen und einem DVD-Spieler ausgestattete Luxusversion wird für 2,9 Mio. Yen angeboten. Der größte Konkurrent von Toyota, die deutsche Volkswagen AG, soll durch spezielle, auf die Interessen individueller Konsumenten ausgerichtete Angebote geschlagen werden. Diese Sondermodelle könnten im Vergleich zu europäischen und nordamerikanischen Konkurrenten problemlos geliefert werden, da man in Tianjin über eine sehr flexible Produktionsstätte verfüge. Viele Jahre habe man in die Vorbereitung dieses Joint Ventures investiert, so der japanische Unternehmenschef Fujio Cho.

Bereits in den achtziger Jahren seien einige chinesische Offerten zur Gründung eines Joint Ventures bei Toyota eingegangen, hieß es aus der Firmenleitung. Damals habe man die sich bietenden Chancen ungenutzt verstreichen lassen. Dies erkläre den späten Start von Toyota. Erst vor zwei Jahren sei das nun bestehende Joint Venture gegründet worden.

Gleichwohl waren einige zu Toyota gehörende Zulieferbetriebe schon seit geraumer Zeit in der Volksrepublik aktiv. So produzieren Denso Corp. und Aishin Seiki Corp. seit 1995 in China. Bevor das Hauptunternehmen nach Tianjin kam, gab es dort schon 20 Fabriken, an denen Tochterunternehmen von Toyota beteiligt waren. Inzwischen ist eine chinesische Version der japanischen Stadt Toyota entstanden, die zum großen Teil durch die Produktion des Automobilgiganten geprägt ist.

Aufgrund der umfangreichen Vorbereitungsmaßnahmen können rund 80% der benötigten Komponenten des Vios nun in Tianjin selbst hergestellt werden. Eine umfassende Allianz zwischen Toyota und dem größten chinesischen Autohersteller FAW Group Corp. im August diesen Jahres kann ebenfalls als Ergebnis der akribischen

Planung von Toyota angesehen werden. Die Allianz war notwendig geworden, nachdem Tianjin Automotive Industrial von FAW übernommen worden war. Toyotas Präsident Cho zeigt sich von FAW sehr angetan. Man werde als gleichberechtigter Partner akzeptiert, so Cho.

Derzeit verhandeln beide Unternehmen über die Möglichkeit, unter dem Namen Toyota auch Sport- und Luxuswagen in Tianjin herzustellen. Darüber hinaus wird diskutiert, ob die in der Luxuskarosse Luxury Sedan von Toyota benutzten Komponenten auch für das Flaggschiff von FAW, den Hongqi, zur Verfügung gestellt werden können.

Einige Probleme bestehen hinsichtlich der Umsetzung der japanischen Strategie jedoch noch fort. So gibt es in China nur 50 Toyota-Vertragshändler und 120 Honda-Vertragshändler. Volkswagen hat auf diesem Gebiet einen riesigen Vorsprung. Insofern ist davon auszugehen, dass das Erreichen des Ziels von 10% Marktanteil noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. (*Asahi Shinbun*, 10.10.02; *WSJ*, 8.10.02; *Nikkei Weekly*, 14.10.02) -Dirk Nabers-

Binnenwirtschaft

31 Ermittlungen gegen prominente Privatunternehmer im Vorfeld des 16. Parteitags

Wenige Wochen vor Beginn des 16. Parteitags der Kommunistischen Partei Chinas sind Ermittlungen gegen eine Reihe von prominenten Privatunternehmern eingeleitet worden. Ihnen werden Vergehen wie Korruption, Steuerhinterziehung und Bilanzfälschung vorgeworfen. Zu den Verhafteten gehören die ehemalige Nummer 2 und 3 auf der Liste der reichsten Chinesen der Zeitschrift *Forbes*, der Unternehmer Yang Bin und der ehemalige Vorstandschef des BMW-Partners Brilliance, Yang Rong. Nichts bekannt ist über den Verbleib des Präsidenten des Energie-Staatsmonopolisten State Power, Gao Yan. Gerüchten nach hat er sich einer drohenden Verhaftung durch Flucht entzogen.